

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Situation der Beschäftigten bei den Paketdiensten in Mecklenburg-Vorpommern verbessern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Der hohe Preisdruck bei der Vergabe von Zustelleistungen durch den Versandhandel und die verbreitete Praxis, diese Leistungen an Subunternehmen auszulagern, sorgen bundesweit für schwierige Arbeitsbedingungen bei den in der Paketzustellung Beschäftigten.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. dem Landtag unverzüglich zu berichten, wie sich die Beschäftigungssituation in der Paketzustellbranche in Mecklenburg-Vorpommern aktuell darstellt und dabei insbesondere darzulegen, wie häufig und mit welchem Ergebnis der Zoll in den letzten sieben Jahren landesweit Kontrollen durchgeführt hat.
2. die Bundesratsinitiative der Länder Niedersachsen und Bremen zu unterstützen, die darauf gerichtet ist, die Arbeitnehmerrechte durch die Sicherung der Sozialversicherungsbeiträge und eine bessere Dokumentation von Arbeitsanfang, Arbeitsende und Arbeitsdauer zu stärken.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Die Arbeitsbedingungen in der Paketzustellung sind seit Monaten bundesweit im Gespräch. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bezeichnet diese als zunehmend katastrophal. Einem Bericht der Schweriner Volkszeitung vom 13. März 2019 zufolge standen Zustellerinnen und Zustellern bei einhundert täglich zuzustellenden Paketen im Durchschnitt nur 2,5 Minuten pro Paket zur Verfügung. Darüber hinaus arbeiten viele Beschäftigte in der Branche nach Angaben der Bundesregierung im Niedriglohnbereich. Hinzu kommt eine wachsende Zahl von Subunternehmen, bei denen vermehrt Probleme auftreten, wie zum Beispiel die Nichtentrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen, Verstöße gegen die Lenk- und Ruhezeiten oder gegen das Arbeitszeitgesetz.

Die Landesregierung soll zur Zahl der Unternehmen, zum Durchschnittslohn, zum Verhältnis von Voll- und Teilzeit- sowie sozialversicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigung, zur Anzahl von Helfern und Fachkräften sowie zur durchschnittlichen Verweildauer im Job berichten. Darüber hinaus soll sie darlegen, wie häufig Unternehmen der Branche in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren durch den Zoll kontrolliert wurden und welche Erkenntnisse dabei gewonnen werden konnten.

Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, die Bundesratsinitiative der Länder Niedersachsen und Bremen zu unterstützen. Diese bietet gute Ansätze, die Situation der Paketzustellerinnen und Paketzusteller durch Gesetzesänderungen auf der Bundesebene zu verbessern.